Besserer Schutz der Religionsfreiheit angemahnt

7. Juni 2018

Würzburg/Bonn (KNA) Die rund 140 Teilnehmer der Jahrestagung Weltkirche und Mission haben einen besseren Schutz der Religionsfreiheit angemahnt. Die rechtlichen Instrumente dafür reichten nicht aus, um dieses Menschenrecht umfassend abzusichern, heißt es in einer am Mittwoch in Würzburg zum Ende des dreitägigen Treffens verabschiedeten Erklärung. „Deshalb drängen wir auch in unserer Gesellschaft und in unserer Kirche darauf, für das Recht auf Religionsfreiheit im nationalen und internationalen Dialog mit mehr Nachdruck einzutreten, nicht zuletzt bei den Vereinten Nationen.“

Zugleich wenden sich die Unterzeichner gegen Versuche, Religion zu missbrauchen, um Ressentiments zu schüren. Das gelte sowohl für Deutschland und das Christentum als auch für andere Länder und Religionen. Ebenso werde eine Politik autoritärer Staaten verurteilt, die Religionsausübung um des eigenen Machterhalts Willen reglementiere, begrenze oder unterbinde. Das Recht des Menschen, seine Religion frei zu wählen und allein oder in Gemeinschaft mit anderen auch öffentlich zu leben, sei anzuerkennen und zu schützen.

Die Kirche verstehe sich als Anwalt derer, die aufgrund ihrer Religion unter Diskriminierung und Bedrängung litten. Dazu gehörten in großer Zahl Christen und viele Gläubige anderer Religionen. „Es liegt an uns als Christen, mit allen Menschen solidarisch zu sein, die ihren Glauben, ihre Weltanschauung nicht frei leben können.“ Ihr Leid lasse einen nicht unberührt. Auch plädierten die Unterzeichner dafür, den interreligiösen Dialog zu stärken.

Die Erfahrungen der Konferenzteilnehmer aus vielen Teilen der Welt hätten exemplarisch gezeigt, dass dort, wo die Religionsfreiheit eingeschränkt werde, auch andere Menschenrechte wie Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit beschnitten würden. „Unser Engagement für die Religionsfreiheit ist deshalb nicht von unserem Einsatz für die Menschenrechte zu trennen“, so die Erklärung.

Veranstalter der Jahrestagung war die Konferenz Weltkirche. In ihr arbeiten die Deutsche Bischofskonferenz, die deutschen Bistümer, die Hilfswerke, die Deutsche Ordensobernkonferenz, die Verbände, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und andere Einrichtungen zusammen.

(KNA – skqkq-89-00078)

Stand: 16. November 2026